

Fragen

für die Fragestunde der 42. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. Juni 2006

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Addicks, Karl (FDP)	30	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	42, 43
Andreae, Kerstin	46, 47	Dr. Keskin, Hakki (DIE LINKE.)	24, 25
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Kipping, Katja (DIE LINKE.)	11, 12
Behm, Cornelia	1, 2	Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Laurischk, Sibylle (FDP)	13, 14
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	5, 65	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	57, 58
Claus, Roland (DIE LINKE.)	38, 39	Dr. Loske, Reinhard	53, 54
Dagdelen, Sevim (DIE LINKE.)	40, 41	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Deligöz, Ekin	20, 21	Möller, Kornelia (DIE LINKE.)	29
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	55, 56
Dr. Dückert, Thea	15, 48	Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	3, 35
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Scheel, Christine	44, 45
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	9, 10	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	31, 32	Dr. Schick, Gerhard	49, 50
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	33, 34	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Heilmann, Lutz (DIE LINKE.)	4, 16	Schneider, Volker (Saarbrücken) (DIE LINKE.)	6, 7
Hettlich, Peter	18, 19	Dr. Schui, Herbert (DIE LINKE.)	63, 64
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Ströbele, Hans-Christian	36, 37
Hinz, Priska (Herborn)	22, 23	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	61, 62
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	26, 27	Winkler, Josef Philip	17
Höger-Neuling, Inge (DIE LINKE.)	8, 28	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	59, 60		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Aktivitäten hat die Bundesregierung unternommen, um die Mehrheit für das Walfangmoratorium auf der diesjährigen Jahrestagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) zu sichern?

2. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Gab es vor dem Hintergrund, dass auch die Bundesregierung die Überzeugung vertritt, dass wissenschaftlicher Walfang nicht erforderlich ist, da die Erkenntnisse über die Wale und ihre Lebensweise ebenso oder gar besser ohne die Tötung der Tiere gewonnen werden können, in Vorbereitung der diesjährigen Jahrestagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) spezielle Aktivitäten seitens der Bundesregierung, die Mitgliedstaaten der IWC von der Unsinnigkeit des wissenschaftlichen Walfangs zu überzeugen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.) Hat das Bundesministerium der Verteidigung seit Bekanntwerden der Zustände in der US-Hafteinrichtung auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram den Versuch unternommen, eine einmalige Erlaubnis für die Besichtigung der Hafteinrichtung dort zu erhalten?*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

4. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.) Wann wird die Bundesregierung Gesetzentwürfe für die nationale Umsetzung der EU-Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie 35/2003/EG, die bis zum 25. Juni 2005 in nationales Recht hätte umgesetzt werden müssen, verlegen, und warum wurden angesichts der Fristüberschreitung die unter der letzten Bundesregierung erarbeiteten Gesetzentwürfe für ein Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz und ein Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz jeweils vom 21. Februar 2005 noch nicht vom Kabinett beschlossen?

*) Siehe hierzu auch Frage 35.

5. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Gibt es konkrete Pläne der Bundesregierung über den Standort der von ihr initiierten Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

6. Abgeordneter
Volker Schneider
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung der Empfehlung der 5. Altenberichtscommission Rechnung tragen, wonach die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) auch in Zukunft ein Leistungsniveau bieten muss, das deutlich über dem der steuerfinanzierten bedürftigkeitsgeprüften Mindestsicherung liegt?
7. Abgeordneter
Volker Schneider
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Vorschlag der Kommission, lieber vermehrt öffentliche Mittel für Weiterqualifizierung bereitzustellen, anstatt zur Subventionierung von Finanzkapital zur Privatvorsorge einzusetzen?
8. Abgeordnete
Inge Höger-Neuling
(DIE LINKE.)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Anregung der 5. Altenberichtscommission, bei der Einschätzung der Einkommensentwicklung im Alter auch Selbst- und Zuzahlungen im Fall von Krankheit und Pflegebedürftigkeit, die aus den laufenden Alterseinkommen zu finanzieren sind, zu berücksichtigen?*)
9. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung für ihre Pläne, das gesetzliche Rentenalter anzuheben, aus den von der 5. Altenberichtscommission erhobenen Bedenken gegen dieses Vorhaben?
10. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Wie steht die Bundesregierung zu den Befürchtungen der 5. Altenberichtscommission, dass die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) angesichts des Niveauabbaus der letzten Jahre ihre Legitimation zunehmend verlieren und die Transformation in ein eher allgemeines Umverteilungssystem (ggf. sogar

*) Siehe hierzu auch Frage 28.

verknüpft mit Bedürftigkeitsüberprüfung) eintreten könnte, und was gedenkt sie zu unternehmen, dass diese Befürchtungen nicht eintreten?

11. Abgeordnete
Katja Kipping
(DIE LINKE.)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, der Empfehlung der 5. Altenberichtscommission Rechnung zu tragen, welche die Meinung vertritt, dass durch die weitere Entwicklung der Alterssicherung eine stärkere Spreizung der Alterseinkommen und ein langfristig drohendes Ansteigen der Altersarmut verhindert werden muss?
12. Abgeordnete
Katja Kipping
(DIE LINKE.)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die im 5. Altenbericht betonte Heterogenität sowie die sozialen Unterschiede und zunehmenden sozialen Ungleichheiten innerhalb der Gruppe der alten Menschen abzumildern und gleiche Teilhabechancen für Ältere herzustellen?
13. Abgeordnete
Sibylle Laurischk
(FDP)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Verzögerung der Veröffentlichung des 5. Altenberichts, der ihr seit fast einem Jahr vorliegt, und wie erklärt sie, dass dieser Bericht Teilen der Presse sehr wohl bekannt ist, siehe z. B. den Artikel in der „FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND“ vom 26. Mai 2006?
14. Abgeordnete
Sibylle Laurischk
(FDP)
- Welche Aussagen werden im 5. Altenbericht zum Renteneintrittsalter getroffen?
15. Abgeordnete
Dr. Thea Dückert
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung es familienpolitisch auf Dauer für vertretbar, dass nach Berechnungen des Gutachtens von Ulrike Spangenberg „Neuorientierung der Ehebesteuerung: Ehegattensplitting und Lohnsteuerverfahren“ (2005), gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung, 43 Prozent aller Ehen, die vom Ehegattensplitting profitieren, kinderlos sind?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 48.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

16. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Bereich Radverkehr im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aus der Grundsatzabteilung in die Abteilung Straßenbau, Straßenverkehr zu verlagern, und wenn ja, ist nach Auffassung der Bundesregierung die Förderung des Radverkehrs, die zu erheblichen Anteilen nichtinvestive Maßnahmen erfordert, dann noch gewährleistet?
17. Abgeordneter
Josef Philip Winkler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bedeutet die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Achim Großmann, auf meine Frage 28 in der Fragestunde am 1. Juni 2006, Plenarprotokoll 16/37, S. 3466 B, „bei Überlegungen zur Verbesserung des Immissionsschutzes zählen daher aktive und passive bauliche Lärmschutzmaßnahmen sowie die Lärminderung an der Quelle, d. h. sowohl im Gleis als auch an den Fahrzeugen, zu den vorrangigen Handlungsfeldern“, dass Geschwindigkeitsreduzierungen als nachrangige Maßnahme zulässig bzw. möglich wären?
18. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den absehbaren Änderungen des Wasserhaushalts von Bundeswasserstraßen aufgrund des Klimawandels, insbesondere an Rhein (aufgrund der Abschmelzung der Gletscher in der Schweiz) und Elbe (siehe Klimastudie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung)?
19. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen an der oberen und mittleren Elbe sind von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes vorgesehen, und welche planungsrechtlichen Schritte sind dafür erforderlich?
20. Abgeordnete
Ekin Deligöz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Rüge des Bundesrechnungshofes am bereits genehmigten Bau des Autobahn-7-Anschlusses Illertissen-Nord/Bellenberg, und wie werden diese Rüge und die Tatsache in die weiteren Planungen einfließen, dass sich gut 1 000 Bürgerinnen und Bürger des betroffenen Ortes Tiefenbach bei einer Unterschriftenaktion an

den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, gegen das Verkehrsprojekt ausgesprochen haben?

21. Abgeordnete
Ekin
Deligöz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche sachlichen Gründe bewegen die Bundesregierung, trotz der Rüge des Bundesrechnungshofes und der Ablehnung des Projekts durch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, weiterhin an dem Projekt festzuhalten, und wann sind demnach der Beginn des Baus und der Abschluss desselbigen geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

22. Abgeordnete
Priska
Hinz
(Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe sollen finanzielle Mittel für das European Technology Institute (EIT) zur Verfügung gestellt werden, und aus welchen Quellen sollen diese kommen, nachdem in der Europäischen Union bereits eine Einigung über die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 und damit auch über den Finanzrahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP) erzielt wurde und die Europäische Kommission bis jetzt keine erkennbaren Signale gegeben hat, Mittel außerhalb des 7. FRP zur Verfügung zu stellen?
23. Abgeordnete
Priska
Hinz
(Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wodurch wird sich das EIT von derzeit bestehenden europäischen Organisationen und Initiativen mit einem ähnlich anwendungsorientierten Forschungsansatz unterscheiden, und wie kann durch ein solches Institut die Forschung und Innovation vor Ort befördert werden?
24. Abgeordneter
Dr. Hakki
Keskin
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass 41 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund in der Altersgruppe von 25 bis 35 Jahren über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen?
25. Abgeordneter
Dr. Hakki
Keskin
(DIE LINKE.)
- Anhand welcher konkreten Kriterien beabsichtigt die Bundesregierung, künftig in ihrer Bildungs- und Berufsausbildungsstatistik einen eventuellen Migrationshintergrund gesondert auszuweisen?

26. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Welche Position haben die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung in der Sitzung der Bund-Länder-Kommission (BLK) am 26. Juni 2006 bezüglich der zukünftigen Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der bisherigen Bildungsplanung vertreten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

27. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesagentur für Arbeit (BA) die in der am 15. Oktober 2004 in Mettlach-Orscholz geschlossenen „Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung zwischen der Kultusministerkonferenz und der Bundesagentur für Arbeit“ vereinbarten schulischen Veranstaltungen zur Berufswahlvorbereitung derzeit flächendeckend anbieten, und sieht die Bundesregierung aufgrund der bestehenden Situation weiteren Handlungsbedarf zum Ausbau der berufswahlvorbereitenden Beratung an Schulen?
28. Abgeordnete
Inge Höger-Neuling
(DIE LINKE.)
- Welche Konzepte hat die Bundesregierung, um die Erwerbsbeteiligung Älterer zu erhöhen und eine längere Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen?*)
29. Abgeordnete
Kornelia Möller
(DIE LINKE.)
- Welche rechtlichen Bedenken stehen der Anwendung des Informationsfreiheitsgesetzes auf die Arbeitsgemeinschaften (Argen) zwischen der Bundesagentur für Arbeit und Kommunen, die als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende Aufgaben im Auftrage des Bundes wahrnehmen, entgegen, die in konkreten Fällen dazu führen, dass z. B. Informationen zur Anwendung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Jobs) nicht erteilt werden?

*) Siehe hierzu auch Frage 8.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

30. Abgeordneter
Dr. Karl Addicks
(FDP)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über die zunehmende Bedeutung von Guinea Bissau als Drogenumschlagstelle, und wie beabsichtigt die Bundesregierung darauf zu reagieren?
31. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder vor dem Nah- und Mittelost-Verein (vgl. Frankfurter Rundschau vom 31. Mai 2006), in denen er direkte Gespräche mit Hamas und der von Hamas geführten Regierung gefordert hat?
32. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Was hat die Bundesregierung bei der Regierung der USA unternommen, um Aufklärung über die Ermordung irakischer Zivilisten in Haditha im November 2005, in Ischaki im März 2006 sowie in Haman-diya im April 2006 mutmaßlich durch US-amerikanische Soldaten zu erlangen.
33. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die mit dem Besuch des Präsidenten der USA, George W. Bush, am 14. Juli 2006 in Stralsund verbundenen Kosten ein, welche Vorstellungen hat die Bundesregierung davon, zu welchen Anteilen diese Kosten durch das Land Mecklenburg-Vorpommern, den Bund und eventuelle Dritte zu tragen sind?
34. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, die beim Besuch des von ihr für den 14. Juli 2006 nach Stralsund eingeladenen US-Präsidenten, George W. Bush, anfallenden Kosten aus ihrer Privatkasse zu bestreiten, nachdem sie darauf verzichtete, die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern offiziell über die Einladung zu informieren?
35. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die USA dazu zu bewegen, ihre US-Hafteinrichtung auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram in Afghanistan zu schließen?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 3.

36. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine missbräuchliche Nutzung der Pyrochlor-Mine „Lueshe“ in der Demokratischen Republik Kongo seit 1993 (an solchem Missbrauch ggf. beteiligte Personen, Exporte und Erlöse hieraus), und in welcher Weise genau befasste sich die Bundesregierung seit 1993 mit dem Missbrauch der Mine?
37. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Maßnahmen seit 1993, um die missbräuchliche Nutzung der Pyrochlor-Mine „Lueshe“ in der Demokratischen Republik Kongo zu verhindern, sowie darüber, wie zu diesem Zweck die deutsche Gesellschaft für Elektrometallurgie (GfE) ihre Gesellschafterrechte an der verantwortlichen Minenbetreibergesellschaft SOMIKIVU wahrnahm?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

38. Abgeordneter
Roland Claus
(DIE LINKE.)
- Reichen die Regelungen der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung nicht aus, um die Interessenverbände zureichend zu beteiligen, und wenn nein, warum nicht?
39. Abgeordneter
Roland Claus
(DIE LINKE.)
- Kann nach Auffassung der Bundesregierung ein Experte aus einem Unternehmen zwei Seiten dienen, auf der einen Seite dem Souverän bzw. dem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern und auf der anderen Seite dem Arbeitgeber, zu dem er zurückkehrt?
40. Abgeordnete
Sevim Dagdelen
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass im Migrationsbericht 2005 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge die bis Ende 1999 niedrige Einbürgerungsquote in Deutschland im europäischen Vergleich auf die „eher restriktive“ Einbürgerungsregelung zurückgeführt wird, der Auffassung, dass der stetige Rückgang der Einbürgerungszahlen seit 2000 und damit verbunden auch die niedrige Einbürgerungsquote im europäischen Vergleich ebenfalls auf die restriktive Rechtslage bei Einbürgerungen zurückzuführen sind?

41. Abgeordnete
**Sevim
Dagdelen**
(DIE LINKE.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Vereinbarungen der Innenminister der Länder vom 4./5. Mai 2006 in Garmisch-Partenkirchen zu weiteren Verschärfungen der Einbürgerungsvoraussetzungen folgen zu lassen (z. B. Absenkung der Bagatellgrenze von 180 auf 90 Tagessätze, kumulativ; Einführung obligatorischer Einbürgerungskurse; individuelle Befragungen zur Mitgliedschaft bzw. Unterstützung als extremistisch eingeschätzter bzw. beeinflusster Organisationen), und welche konkreten Gesetzesänderungen plant sie hierbei?
42. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen gegen Polizisten intern oder strafrechtlich ermittelt wird wegen Übergriffen auf oder in der Umgebung von Public Viewings (u. a. DIE WELT vom 19. Juni 2006, BERLINER MORGENPOST vom 19. Juni 2006), und gibt es bei diesen Vorfällen Anhaltspunkte für ausländerfeindliche rassistische Motivation der Übergriffe?
43. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Sind Vorfälle dieser Art Gegenstand der Lagebesprechungen im NICC und kann das Bundesministerium des Innern Beispiele für Konsequenzen nach solchen Besprechungen nennen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

44. Abgeordnete
**Christine
Scheel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Um wie viel stärker würde eine Familie mit einem Spitzeneinkommen in Höhe von 100 000 Euro pro Jahr bei Einführung des französischen Modells des Familiensplittings, bei dem das Familieneinkommen durch eine je nach Kinderzahl unterschiedliche Zahl geteilt (1,0 für den Ehemann, 1,0 für die Ehefrau, 0,5 jeweils für das erste und das zweite Kind, 1,0 für das dritte Kind usw.) und anschließend der Besteuerung unterworfen wird, gegenüber Familien mit kleinen und mittleren Einkommen nach dem Einkommensteuertarif 2005 steuerlich entlastet, und wie hoch wäre der steuerliche Vorteil pro Kind bei einem Spitzenverdiener bei Einführung des französischen Modells des Familiensplittings?

45. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche steuerlichen Mindereinnahmen würde das französische Modell des Familiensplittings nach dem Einkommensteuertarif 2005 in Deutschland verursachen?
46. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche steuerlichen Mindereinnahmen werden durch das Familiensplitting (Ehepartner und Kinder jeweils mit dem Faktor 1,0 gerechnet) im Vergleich zum Ehegattensplitting nach dem Einkommensteuertarif 2005 verursacht?
47. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was bedeutet die Einführung des Familiensplittings mit einem Faktor 0,5 pro Kind für die Gewährung der kindbezogenen Freibeträge und das Kindergeld?
48. Abgeordnete
Dr. Thea Dückert
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was bedeutet die Einführung des Familiensplittings mit einem Faktor 1,0 pro Kind für die Gewährung der kindbezogenen Freibeträge und das Kindergeld?*)
49. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erlöse könnten bei einer vergleichbaren Abgabe in Deutschland pro Jahr generiert werden, sollte die Bundesregierung dem französischen Beispiel folgen und eine Flugticketabgabe in Höhe von 1 bzw. 4 Euro für innereuropäische Flüge und 10 bzw. 40 Euro für außereuropäische Flüge einführen?
50. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es in Deutschland verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine entwicklungspolitische Zweckbindung einer Flugticketabgabe nach französischem Vorbild – Krankheitsbekämpfung in Entwicklungsländern –, und wenn ja, welche?

*) Siehe hierzu auch Frage 15.

51. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wer ist im Ressortkreis federführend für die Entwicklung eines deutschen Vorschlags für eine Flugticketabgabe bzw. Flugticketsteuer beauftragt, und bis wann ist mit einer Abstimmung und Entscheidung diesbezüglich zu rechnen?
52. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches neue Finanzinstrument kann – wie im Koalitionsvertrag von den Regierungsparteien angekündigt – aus Sicht der Bundesregierung als Beitrag zur Umsetzung des EU-Stufenplans zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels kurzfristig in Deutschland zum Einsatz kommen, und welche zusätzlichen Mittel erwartet sie dadurch zu erwirtschaften?
53. Abgeordneter
Dr. Reinhard Loske
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind durch die in Frankreich zum 1. Juli 2006 beschlossene Einführung einer Solidarabgabe auf Flugtickets in Höhe von 1 bzw. 4 Euro für innereuropäische Flüge und 10 bzw. 40 Euro für außereuropäische Flüge Wettbewerbsvorteile für die deutsche Luftverkehrswirtschaft zu erwarten, die sich aus einer Schlechterstellung der französischen Luftverkehrswirtschaft ergeben, und wenn ja, in welchem erwarteten Umfang profitieren deutsche Fluggesellschaften davon?
54. Abgeordneter
Dr. Reinhard Loske
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was spricht aus Sicht der Bundesregierung für eine Flugticketabgabe nach dem französischen Modell in Deutschland, und mit welchem zeitlichen gesetzgeberischen Vorlauf müsste über eine solche Abgabe entschieden werden, damit die Fluggesellschaften technisch und logistisch in der Lage sind, diese Abgabe zu erheben und abzuführen?
55. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die von vielen Seiten geäußerte Befürchtung, der Finanzstandort Deutschland sei langfristig in Gefahr, wenn die Deutsche Börse AG für den Fall einer Fusion mit der Fünfländerbörse Euronext auf den juristischen Sitz des neuen Unternehmens in Deutschland verzichten und wesentliche Teile ihrer Zentralfunktionen auf die beteiligten Länder übertragen will?

-
56. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um dieser Gefahr zu begegnen?
57. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Arbeiten im Bundesministerium der Finanzen Mitarbeiter von Geschäftsbanken zum Finanzplatz Deutschland und zur Europäischen Finanzmarktintegration?
58. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Werden diese Mitarbeiter vom Bundesministerium der Finanzen bzw. von den Bundesministerien nachgeordneten Behörden bezahlt?
59. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Banken, Finanzdienstleister, Verbände haben wie viele Mitarbeiter in das Bundesministerium der Finanzen entsandt?
60. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- In welchen Referaten und Abteilungen und auf welche Art und Weise arbeiten die angesprochenen Personen mit?
61. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Haben die Unternehmen, die ihre Mitarbeiter in das Bundesministerium der Finanzen entsandten, ein besonderes Interesse an der Gesetzgebung zu REITS und Hedgefonds?
62. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung auch andere Interessenvertreter – z. B. von Verbraucherverbänden – zu den genannten Themengebieten beschäftigt, und wenn ja, wie werden Kunden- und Bürgerinteressen unter diesen Voraussetzungen berücksichtigt?
63. Abgeordneter
Dr. Herbert Schui
(DIE LINKE.)
- Gewährt die Bundesregierung den Beauftragten der Bankenverbände für die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung Zugang zu innerministeriellen vertraulichen Informationen?

64. Abgeordneter
Dr. Herbert Schui
(DIE LINKE.)
- Sind im Gegenzug/im Austausch Beamte des Ministeriums in die Unternehmen gegangen, und wenn ja, in welche?
65. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welche Kosten entstehen den EU-Mitgliedstaaten für Agenturen, die im Auftrag der Europäischen Union bzw. der Europäischen Kommission arbeiten, und wie hoch sind die Kosten für die in Deutschland bestehenden EU-Agenturen?

